

Bericht über Angelegenheiten des Finanzausschusses

Im Rahmen der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2024 wurden folgende Themen behandelt:

1. Anpassung der Vergnügungssteuersatzung – Antrag eines Gewerbetreibenden

In der Sitzung wurde ein Antrag eines örtlichen Gewerbetreibenden diskutiert, der die Senkung der Vergnügungssteuersätze gefordert hatte. Ziel des Antrags war eine Anpassung der Vergnügungssteuersatzung, um die steuerliche Belastung zu reduzieren.

Der Antrag wurde jedoch fraktionsübergreifend im Hauptausschuss abgelehnt. Neben finanziellen Überlegungen wurde die Ablehnung auch damit begründet, dass eine Senkung der Steuersätze möglicherweise der Suchtgefahr, insbesondere im Bereich von Glücksspielen, Vorschub leisten könnte. Die Stadtvertretung möchte daher keine Maßnahmen unterstützen, die potenziell negative gesellschaftliche Auswirkungen haben könnten. Der Antragsteller wurde hierüber schriftlich informiert.

2. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Bereitstellung von lebenswertem und bezahlbarem Wohnraum in Burg Stargard

Ein weiterer zentraler Punkt war der Antrag der Fraktion DIE LINKE, der sich mit der Bereitstellung von lebenswertem und bezahlbarem Wohnraum in Burg Stargard beschäftigte. Der Antrag zielte darauf ab, den wirtschaftlichen Stand und die Perspektiven der städtischen Wohnungswirtschaftsgesellschaft für die nächsten fünf Jahre zu analysieren und beschlussfähige Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes zu entwickeln.

Dieser Antrag wurde sowohl im Finanzausschuss als auch in der Stadtvertretung beraten. Letztlich wurde er in der Stadtvertreterversammlung mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit begründet, dass die derzeit verfügbaren finanziellen Mittel für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen würden. Zudem würde eine Anpassung der Mieten erforderlich sein, um die notwendigen Mittel zur Sanierung des Wohnungsbestandes aufzubringen, was von den Stadtvertretern kritisch gesehen wurde.

3. Beschlussvorlage zur Neugliederung der Werbebeschilderung im Stadtgebiet Burg Stargard

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde eine Beschlussvorlage zur Neugliederung der Werbebeschilderung im Stadtgebiet Burg Stargard beraten. Es wurde vorgeschlagen, an den Ortseingängen größere Werbetafeln durch einen privaten Unternehmer aufstellen zu lassen. Die vertragliche Grundlage für diese Maßnahme wurde im Finanzausschuss mit einer Änderung versehen und später auch in der Stadtvertretung weiter angepasst.

Die letztlich beschlossene Änderung sieht vor, dass pro Standort eine Miete von 200 Euro pro Jahr sowie eine Gewinnbeteiligung von 5% erhoben werden soll. Der Vertrag wurde noch nicht abgeschlossen, da sich der potenzielle Vertragspartner noch nicht weiter hierzu geäußert hat.

4. Abschluss eines Pachtvertrages für die „Alte Münze“ auf der Burg

In der Sitzung wurde der Abschluss eines Pachtvertrages für die Gaststätte "Alte Münze" auf der Burg beraten. Dabei ging es um die Verpachtung des Objekts an die Herrn Sebastian Hellwig und Herrn Christian Hellwig, die dort ab dem kommenden Jahr eine Gaststätte betreiben möchten.

Der Finanzausschuss hat dem Abschluss des Pachtvertrages einstimmig zugestimmt. Die Beschlussvorlage ging anschließend in den Hauptausschuss, wo ebenfalls einstimmig beschlossen wurde.

Zwischenzeitlich wurde der Pachtvertrag für die "Alte Münze" unterzeichnet.

Burg Stargard, 16.09.2025

gez. Lorenz
Bürgermeister